



Nur wer die Vergangenheit kennt,
kann die Gegenwart verstehen
und die Zukunft gestalten.
August Bebel

Unsere Forderung öffentlichen Daseinsvorsorge

Durchsetzung der neoliberalen Ordnung

Seit in den 1980er Jahren des letzten Jahrhunderts der Präsident der USA, Ronald Reagan und die britische Ministerpräsidentin Maggie Thatcher die neoliberale Ideologie eingeführt haben, wurde diese von den übrigen „westlichen“ Ländern übernommen.

Diese Ideologie beinhaltet, dass sich der Staat aus möglichst vielen Bereichen der Daseinsvorsorge zurückziehen soll und diese der privaten Wirtschaft zu übereignen sind. Begründet wird dieses Vorgehen oft damit, dass die Privatwirtschaft effizienter und damit kostengünstiger sei, als es der „Staat“ aufgrund seines „ineffizienten“ Beamtenapparates könnte. Ziel war und ist der „schlanke Staat“ und damit eine Umschichtung vom Staat in private profitorientierte Betriebe. Dieses Narrativ hat sich aber als haltlos erwiesen, da die privaten Betriebe möglichst viel „Gewinn“(Profit) erwirtschaften müssen. Zudem verteuern sich die privatisierten Güter noch mal um die Mehrwertsteuer von 19%, die den Nutzern dann auferlegt wird. Wo von dann der Staat dann profitiert. **An dem Verkauf des „Tafelsilbers“ hatten die Steuerzahler, die den kommunalen Reichtum geschaffen hatten, keinen Anteil. Sie wurden nie gefragt!**

Das Tafelsilber

Der Fehler liegt in der mangelnden Ausstattung der Kommunen mit Steuergeldern.

Während in Dänemark die Kommunen viele Steuern selbst eintreiben, ist es in der Bundesrepublik genau andersherum geregelt. Die Kommunen führen die Einkommenssteuer an den Staat ab und dieser überweist dann 12-15% an die Kommunen zurück. Ein Anteil von wenigstens 20% wäre aber für die Kommunen erforderlich, um die laufenden Kosten zu decken. (siehe Links am Ende)

Die Kommunen sind also permanent unterfinanziert, was zu wachsenden Schulden führt. Der scheinbare Ausweg aus diesem Dilemma war ab den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts oft ein Abverkauf des „Tafelsilbers“, also der Bestandteile, die ursprünglich von den Bürgern durch Steuergelder finanziert waren und den Gewinn für die Kommunen abwarfen. In Kiel gehörte dazu die Kieler Wohnungsbaugesellschaft (ab 1999). Die Stadtwerke wurden ab 2000 teil-privatisiert.

Im Jahr 1856 begann mit der Ersetzung der öffentlichen Öllampen durch Gaslaternen die 150 Jahre währende Erfolgsgeschichte der Kieler Stadtwerke, welche dann aber aus Geldnot im Jahr 2000 teil-privatisiert wurden. Die Stadtwerke, die später auch die Stromversorgung, Wasser und Abwasser und den öffentlichen Nahverkehr beinhalten, waren als kommunaler Betrieb nun Geschichte. Da stellt sich die Frage: Warum waren die Stadtwerke über 150 Jahre in der Lage, ihre Gewerke finanziell abzusichern und sind es seit dem neuen Jahrtausend nicht mehr, obwohl der gesellschaftliche Reichtum (Bruttoinlandsprodukt) doch ständig gestiegen ist? Die Ursache ist in der Umverteilung und relativer Reduzierung des Steueraufkommens zu finden.

Ausverkauf des Sozialen Wohnungsbaus

Mit der Zerschlagung der ehemaligen Kieler Werkswohnungen GmbH im Jahre 1997 nahm er in Schleswig-Holstein seinen Anfang: Der Ausverkauf preiswerter Wohnungen an Finanzinvestoren und Geschäftemacher. Ihren Höhepunkt fand die Privatisierungswut mit dem Verkauf der Kieler Wohnungsbaugesellschaft im Jahre 1999, dem Verkauf der BIG-Heimbau AG an die Deutsche Annington und dem endgültigen Eigentümerwechsel bei der LEG Schleswig-Holstein im Jahre 2003. (aus einem Artikel des Kieler Mieterbundes)

Oft wurde der Verkauf der Sozialwohnungen durch die Stadt auch damit begründet, dass es eine Abnahme der Bevölkerungszahlen gäbe. Mit diesem Argument hätten aber die privaten Anbieter die Wohnungen niemals gekauft. Ihr einziges Ziel ist der Profit, Wohnungen sind dabei nur ihr Geschäftsfeld. Mit Wohnungsleerstand hätten sie aber ein Verlustgeschäft riskiert.

Jetzt zeigt sich, dass der Verkauf der Sozialwohnungen der Stadt, die zuvor niemals aus ihrer Sozialbindung fielen, ein zu teuer erkaufter Erfolg (Pyrrhussieg) war und die Verschuldung sich gegenüber der Zeit vor dem Verkauf noch steigerte.

Heute profitieren die Konzerne LEG und Vonovia von dem Verkauf. Viele Wohnungen sind aus der Sozialbindung herausgefallen und stehen nun dem „freien Wohnungsmarkt“ zur Verfügung, sodass die Zahl der Sozialwohnungen sich mit der Zeit deutlich verringert.

Wir fordern daher:

- Keinen privaten Wohnungsbau mit Sozialbindung damit die Sozialwohnungen **dauerhaft** sozialgebunden bleiben. Dafür eine Abgabe privater Wohnungsbauer zur Förderung des kommunalen / genossenschaftlichen sozialen Wohnungsbaus.
- Einen Anteil an Sozialwohnungen im Wohnungsbau, der mindestens 50% der Wohnungen bei Neubauten entspricht.
- Einen kommunal regulierten Preis der Mieten von Sozialwohnungen.
- Sozialwohnungen betreffende Gesetze müssen eine Aufhebung der Sozialbindung ausschließen.
- Grundstücke der Gemeinden dürfen nur im Erbbaurecht vergeben werden.
- Die Gemeinden müssen von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.
- Das Mietrecht ist so zu gestalten, dass Mieter, insbesondere solche mit geringem Einkommen ihr Recht durchsetzen können.

Fazit:

Wir müssen wegkommen von dem angeblich schlanken Staat und den Privatisierungs-Orgien. Sämtliche Bereiche der Daseinsvorsorge sind in öffentliche Hand zurückzuführen. Das gilt auch für länderübergreifende Strukturen, wie Energieunternehmen, Pharmaindustrie und das Eisenbahnnetz.